



18.400 Parlamentarische Initiative

Indirekter Gegenentwurf zur Hornkuh-Initiative

Eingereicht von: Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR
Einreichungsdatum: 09.01.2018
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reicht die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates folgende parlamentarische Initiative als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative "für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)" ein:

Es sind auf gesetzlicher Ebene folgende Eckwerte für das Belassen der Hörner von Nutztieren (Hornbeitrag) vorzusehen:

- Der Hornbeitrag muss verbindlich vorgesehen werden (keine Kann-Formulierung).
- Es soll für alle horntragenden Nutztiere ein Hornbeitrag beansprucht werden können, d. h. für Rinder, Ziegen, Schafe und auch andere Rassen wie Wisente, Yaks, Wasserbüffel.
- Der Hornbeitrag soll nur an Halterinnen und Halter effektiv behornter, erwachsener Nutztiere (z. B. weibliche Tiere nach dem ersten Abkalbedatum, männliche Tiere ab den ersten Nachkommen) ausgerichtet werden.
- Die Anspruchsberechtigung für Hornbeiträge soll an die Erfüllung des folgenden Tierwohlstandards geknüpft sein: Kriterien des Programms RAUS mit regelmässigem Auslauf im Freien im Winter und Weidgang bzw. Alping im Sommer. (Unterschiedliche Stallhaltungen dürfen hingegen kein Kriterium sein.)
- Es soll pro Halterin oder Halter keine Höchstzahl von anspruchsberechtigten Tieren festgelegt werden: Jedes einzelne behornte erwachsene Tier soll gefördert werden. (Zur Begrenzung der entstehenden Kosten ist allenfalls eine Limitierung der beitragsberechtigten Anzahl Tiere nach oben vorstellbar.)
- Die neuen gesetzlichen Bestimmungen sollen ohne Verzögerung in Kraft treten.

Ein konkreter minimaler Hornbeitrag kann allenfalls auch auf Verordnungsstufe festgelegt werden.

Chronologie

09.01.2018 Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR
Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten
23.01.2018 Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR
Keine Zustimmung

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR (WAK-NR)
Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR (WAK-SR)

Weitere Informationen

Konnexe Geschäfte

17.024 Geschäft des Bundesrates Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative). Volksinitiative



Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Zusammenfassung Botschaft / Bericht

Ausgangslage

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reicht die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats folgende parlamentarische Initiative als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)" ein:

Es sind auf gesetzlicher Ebene folgende Eckwerte für das Belassen der Hörner von Nutztieren (Hornbeitrag) vorzusehen:

- Der Hornbeitrag muss verbindlich vorgesehen werden (keine "Kann-Formulierung").
- Es soll für alle horntragenden Nutztiere ein Hornbeitrag beansprucht werden können, d.h. für Rinder, Ziegen, Schafe und auch andere Rassen wie Wisente, Yaks, Wasserbüffel.
- Der Hornbeitrag soll nur an Halterinnen und Halter effektiv behornter, erwachsener Nutztiere (z.B. weibliche Tiere nach dem 1. Abkalbedatum, männliche Tiere ab den ersten Nachkommen) ausgerichtet werden.
- Die Anspruchsberechtigung für Hornbeiträge soll an die Erfüllung des folgenden Tierwohlstandards geknüpft sein: Kriterien des Programms RAUS mit regelmässigem Auslauf im Freien im Winter und Weidgang bzw. Alping im Sommer. (Unterschiedliche Stallhaltungen dürfen hingegen kein Kriterium sein).
- Es soll pro Halterin oder Halter keine Höchstzahl von anspruchsberechtigten Tieren festgelegt werden: jedes einzelne behornte erwachsene Tier soll gefördert werden. (Zur Begrenzung der entstehenden Kosten ist allenfalls eine Limitierung der beitragsberechtigten Anzahl Tiere nach oben vorstellbar.)
- Die neuen gesetzlichen Bestimmungen sollen ohne Verzögerung in Kraft treten.

Ein konkreter minimaler Hornbeitrag kann allenfalls auch auf Verordnungsstufe festgelegt werden.

Verhandlungen

Medienmitteilung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates vom 24.01.2018

Mit 8 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung lehnt die Kommission das Ansinnen ihrer Schwesterkommission, einen indirekten Gegenentwurf zur "Hornkuh-Initiative" (17.024) auszuarbeiten, klar ab. Auch mit dem von der WAK-N avisierten indirekten Gegenentwurf (18.400) würde ein neuer Subventionstatbestand geschaffen, der anderswo im Landwirtschaftsbudget eingespart werden müsste. Ferner seien unerwünschte Mitnahmeeffekte zu befürchten. Auch strategische Überlegungen sprechen aus Sicht der WAK-S gegen den Vorschlag der WAK-N: Einerseits sei es zu ungewiss, ob die Volksinitiative tatsächlich zurückgezogen würde, andererseits gelte es auch nicht, eine Volksabstimmung um jeden Preis zu vermeiden.

Medienmitteilung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vom 31.01.2018

Die WAK-N hat zur Kenntnis genommen, dass ihre Schwesterkommission den von ihr eingebrachten Vorschlag für einen indirekten Gegenentwurf (18.400) zur Hornkuh-Initiative (17.024) nicht unterstützt (vgl. Medienmitteilung WAK-S vom 25. Januar 2018). Die WAK-N verfolgt diesen Gegenentwurf somit nicht mehr weiter. Sie wird sich im 2. Quartal mit der Abstimmungsempfehlung zur Hornkuh-Initiative befassen, so dass diese in der Sommersession 2018 im Nationalrat behandelt werden kann.

Auskünfte

Katrin Marti, Kommissionssekretärin, 058 322 94 72, wak.cer@parl.admin.ch

Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)



Links

